Nummer 303 — Halle, Sonnabend, den 21. Oktober 1922 — 57. Jahrgang
Einzelpreis: Sechs Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Werktag nachmittag. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 190.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 115.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 115.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 8.00, im auswärtigen Verkehr Mark 10.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 25.00 im Ortsverkehr und Mark 40.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 10 und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 1140 und 1142. Fernsprecher-Hauptzentrale: Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: „Saalezeitung Halle/Saale". Bankkonto: Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Deutschland vor neuen politischen Morden?

Ein Dollarsprung um 1000! — Bonar Law der rechte Mann für Frankreich
Keine Herabsetzung der Getreideumlage — 11 Jahre Zuchthaus für Fechenbach.

Die Attentatspläne.

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Mitteilungen von der Androhung eines Attentats gegen die Person des Reichskanzlers haben von zuständiger Seite noch keine Ergänzungen gefunden. Wie versichert wird, haben die Mitteilungen tatsächlich einen ernsteren Hintergrund, als man vielleicht annahm. In politischen und parlamentarischen Kreisen herrscht das Gefühl vor, daß man es hier wiederum mit jener vergifteten Atmosphäre zu tun hat, die der Prozeß gegen die Rathenaumörder und deren Gesinnungs- und Tatgenossen leider nicht zu reinigen vermocht hatte. Das Gefühl, daß man wiederum im Dunkeln tappt, und das in einem Augenblick, wo auch der außerpolitische Horizont sich immer düsterer bewölkt, verleiht eine besondere Unsicherheit, die nur die bestimmte Erwartung mildert, daß jetzt endlich durch einen kühnen Griff der Kriminalbehörden die geheimen Fäden der Dunkelmänner entwirrt werden. Die zuständigen Stellen schweigen sich naturgemäß vorläufig noch aus, um den Gang der Untersuchung nicht zu gefährden. Nach privaten Informationen scheint jedoch soviel festzustehen, daß den besonderen Anlaß zu der auffälligen Behandlung im Reichstag ein Fall gegeben hat, der außerhalb Berlins spielt. Es wird davon gesprochen, daß in Leipzig ein Mann, der sich Schulz nenne, verhaftet worden sei. Er soll in einem Brief die Absicht geäußert haben, den Reichskanzler Wirth zu töten. Wie weiter verlautet, soll in dem in diesem Fall wirklich ernst zu nehmenden Drohbrief davon die Rede sein, daß „man den Schuldigen zu treffen wisse" (gemeint ist der Reichskanzler), der die freie Willensentscheidung des Volkes in der Wahl des Präsidenten verhindert habe. Wie wir hören, ist auch der Württembergische Justizminister nach Berlin berufen worden. Man bringt dies mit der Tatsache in Verbindung, daß auch geheime Fäden sich nach Stuttgart ziehen sollen.

Berlin, 21. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Zu den Mitteilungen des Reichspräsidenten Loebe und des Reichskanzlers Dr. Wirth über besondere Maßregeln zum Schutze des Reichskanzlers erfährt die „Telegraphen-Union" von unterrichteter Seite: Der Reichsregierung sind in den letzten Tagen konkrete Mitteilungen über Anschläge zugegangen, die sich gegen das Leben des Reichskanzlers richten. Weitere Aufklärungen können vorerst im Interesse der eingeleiteten Untersuchung nicht gemacht werden. Im übrigen sind pflichtgemäß von den beteiligten Stellen umfassende Maßnahmen getroffen, um die Sicherheit des Reichskanzlers zu verbürgen. — Der „Soz. Parlamentsdienst" erfährt zu den Attentatsplänen auf Dr. Wirth: Durch Zufall ist die Polizeibehörde nicht nur auf die Spur eines einzelnen Komplottes, sondern mehrerer Attentatsanschläge gegen den Reichskanzler gekommen. Eine jugendliche Person, über deren Herkunft aus erklärlichen Gründen nichts gesagt werden kann, war von Kreisen, die den Attentätern auf Rathenau nahe stehen, zu hohem Solde gedungen worden, den Reichskanzler zu ermorden. Gewissensbisse haben den jungen Menschen veranlaßt, von der Ausführung des Planes Abstand zu nehmen und über die Vorbereitungen der Polizei Mitteilungen zu machen. Er wurde daraufhin in Haft genommen und machte Aussagen, die stichhaltig sind und die Polizei auf neue Fährten lenkten.

Die Auswirkung der Lloyd George-Krise.

London, 21. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Ueber die Unterredung Bonar Laws mit dem König verlautet, daß Bonar Law auf die Aufforderung, ein Ministerium zu bilden, geantwortet habe, daß er nicht Führer der konservativen Partei sei, und daß er erst ein Mandat seiner Partei zur Bildung einer Regierung haben müsse. Man erwartet, daß noch heute eine Versammlung der konservativen Führer zusammentreten wird, um Bonar Law das Mandat als Führer der Konservativen zu erteilen. Man zweifelt nicht daran, daß es schon Anfang nächster Woche gelingen werde, ein vollkommen konservatives Kabinett zustande zu bringen. Bonar Law hat gestern mehrere einflußreiche konservative Führer empfangen, u. a. Lord Derby. Die 13 konservativen Politiker, die Lloyd George bei seinem Sturz mitgerissen hat, darunter Chamberlain, Birkenhead, Balfour, Evans, Lord Lee, Lord Grafford haben in einem Briefe an die Presse erklärt, daß sie Loyd George treu bleiben werden. Lord Derby und Lord Curzon haben Bonar Law ihre Unterstützung zugesagt.

Lloyd George nimmt den Kampf auf.

London, 20. Oktober. Lloyd George beabsichtigt nicht, ein stiller Mann zu werden. Er hat nicht nur keine seiner vorher angesetzten politischen Reden abgesagt, sondern benutzt vielmehr seine wiedergewonnene Freiheit, um das Programm seiner rednerischen Auftritte noch zu vervielfachen. Er ist bereits mit beiden Füßen in den agitatorischen Kampf um die Neuwahlen hineingesprungen. Auf seiner Reise nach Leeds wird er, ganz nach amerikanischem Muster, halb England als Vierminutenredner vom Eisenbahnwagen herab durchfliegen. Er wird in Bradford 5 Minuten, in Wellingborough 3 Minuten, in Kettering 3 Minuten in Lester 5 Minuten, in Nottingham 5 Minuten und in Sheffield 5 Minuten sprechen.

Unter Knratel!

Die französischen Forderungen auf Finanzkontrolle.

Paris, 21. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die französische Denkschrift ist gestern nachmittag der Reparationskommission überreicht worden. Die Denkschrift weist auf den Gegensatz zwischen dem „Finanzglück" des Reiches und den Gewinnen der deutschen Industrie hin und führt dann u. a. aus: Der Augenblick ist nahe, in dem die deutsche Regierung — falls nicht energische Heilmittel gefunden und angewendet werden — ihren Bankerott vor der Welt erklären wird, obwohl das wirkliche Kapital Deutschlands unversehrt blieb. Die französische Abordnung ist bereit, die Prüfung dieser Frage auf einer internationalen Konferenz wieder aufzunehmen. Vor allem ist es notwendig, das deutsche Budget ins Gleichgewicht zu bringen, dadurch, daß die Notenin flation völlig verboten wird; andererseits muß die Mark stabilisiert werden. Die französische Abordnung fordert eine strenge Kontrolle. Diese Kontrolle darf sich nicht nur auf ein einfaches Einblicksrecht in das deutsche Budget beschränken, sondern es muß eine wirksame Aktion ausgeübt werden. Die Kontrolle muß aber dazu führen können, alle Ausgaben Deutschlands zu unterdrücken, einzuschränken oder zu vertagen und andererseits der deutschen Regierung die Vermehrung ihrer Einnahmen vorzuschreiben.

*

Paris, 21. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die französische Denkschrift wird von der Pariser Presse ohne Begeisterung aufgenommen. Die meisten Blätter erklären offen, daß sie dieses Programm für undurchführbar halten, bevor die Verbündeten Frankreichs nicht zustimmen würden. Selbst dann wäre eine solche Finanzkontrolle bei einem Reiche mit 60 Millionen Einwohnern nicht zu verwirklichen. Der Exzelsior beleuchtet die politischen und wirtschaftlichen Rückwirkungen, die diese Kontrolle in Deutschland ausüben müsse. Sie stehe auch im Widerspruch zum Versailler Vertrag.

Keine Herabsetzung der Getreideumlage.

4 Lieferfristen statt 2.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages setzte am Freitag seine Beratungen über die Getreideumlage fort. Von der Sozialdemokratie wurde ein Antrag vorgelegt, der eine neue Methode der Preisfestsetzung für künstliche Düngemittel verlangt. Ferner soll die Reichsregierung sofort einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den der deutschen Stickstoffindustrie eine Umlage von Düngemitteln zu verbilligten Preisen auferlegt wird. Zu den Anträgen auf Herabsetzung der Umlage von 2½ Millionen auf 1¼ Millionen Tonnen erklärte Reichsminister Dr. Fehr, sie seien für die Reichsregierung unannehmbar. Die Versorgung sei so bedroht, daß eine Milderung nicht eintreten könne, zumal von dieser Menge schon ein beträchtlicher Teil für Mißernte abgehe.

Angenommen wurde der Antrag des Abg. Blum (Ztr.), nach dem der Preis für das erste Drittel der Getreideumlage nach dem um 25 v. H. ermäßigten Durchschnittsinlandsmarktpreise des Getreides in den Monaten September und Oktober berechnet werden soll. In Anbetracht der ständig sich ändernden und steigenden Preise für Bewirtschaftungskosten, Dünger und Fracht werden für die Umlage nach dem Ablauf des Termins für das erste Drittel (31. 10.) anstatt zwei Lieferfristen vier Lieferfristen festgesetzt, nämlich 31. 12. 22, 31. 1. 23, 28. 2. 23 und 15. 4. 23. Für jede dieser Lieferfristen wird der Preis nach dem um 25 v. H. ermäßigten Durchschnittsinlandsmarktpreise der betreffenden Lieferungsperiode festgestellt.

Erneute Stellungnahme gegen die Devisen-Notverordnung

Berlin, 21. Oktober. Eig. Drahtmeldung.) Der Kartellausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist der entschiedenen Stellungnahme des Reichsverbandes gegen die Devisen-Notverordnung vom 12. Oktober d. J. beigetreten. Es wird betont, daß nach den inzwischen aus allen Bezirken und Wirtschaftsgruppen des Reiches eingegangenen Berichten die wirtschaftsschädigenden Wirkungen der Verordnung die bei ihrem Erscheinen geäußerten Befürchtungen noch bei weitem übertreffen. Der Zahlungsverkehr, der sich nach Einstellung des Devisenterminhandels teilweise notgedrungen auf Zahlung in ausländischer Währung umstellen mußte, sei durch die Notverordnung ernstlich ins Stocken geraten, insbesondere in den Industriezweigen, die wesentlich auf Verarbeitung ausländischer Rohstoffe angewiesen sind.

Bonar Law.

Eine Betrachtung von zwei Seiten.

Von Bonar Law, dem neuen vorläufigen Lenker der britischen Politik, entwirft ein Berliner Berichterstatter Londoner Blätter ein recht schmeichelhaftes Charakterbild. Der englische Pressekollege schreibt: Andrew Bonar Law war seit seinem Rücktritt von der Führung der konservativen Partei im März vorigen Jahres ein müder Mann. Er hatte im Kriege seine beiden einzigen Söhne verloren und konnte den Kummer über den Verlust nicht verwinden. Durch schwere Krankheit wurde er gezwungen, sich ins Privatleben zurückzuziehen. Wenn er jetzt wieder an die Spitze seiner Partei tritt und den Posten des ersten Ministers im Kabinett übernimmt, tut er es aus Pflichtgefühl und mit jener Selbstlosigkeit, die Freund und Gegner ihm hoch anrechnen. Sein Auftreten entspringt nie persönlicher Eitelkeit, auch nicht jener Sucht, sich um jeden Preis populär zu machen, wie man es bei Lloyd George so oft beobachten konnte. Er sprach auch als Parlamentsredner nie zum Fenster hinaus, wie manche seiner Kollegen. Für ihn ist die Sache stets wichtiger als die Person, das Vaterland mehr als die Partei. Diese vornehme Auffassung bewies er, solange er mit Lloyd George im Koalitionskabinett zusammenarbeitete, und dieser selbst hat es anerkannt, indem er im Verfassungsklub zu London einmal freimütig erklärte: „Niemals habe ich einen einigermaßen wichtigen Schritt getan, ohne mich mit Bonar Law zu verständigen. Er hätte das Spiel seiner Partei spielen können. Von einem selbstsüchtigen Standpunkt aus gesehen, hätte es ihn vorteilhafter gestellt. Aber das patriotische Spiel brauchte Einigkeit und Unterordnung der eigenen Wünsche."

Ein besseres Zeugnis konnte Bonar Law von seinem früheren Chef, dessen Nachfolger er nun geworden ist, nicht erwarten. Der ehemalige Glasgower Eisengroßhändler, der viel Aehnlichkeit mit dem alten Joe Chamberlain hat und nebenbei gesagt, vor dem Kriege ein Freund von Hugo Stinnes war, hat sich durch unermüdliche parlamentarische Arbeit zum ersten Mann der Unionisten gemacht. Er erreichte mit den Jahren eine Geschicklichkeit in der Entwirrung heikler Krisen, die ihn für seine Partei unentbehrlich werden ließ. Stets wurde er vorgeschickt, wenn es galt, eine gefährdete Position zu verteidigen. Und das ist ja auch jetzt wieder der Fall . . — Soweit der englische Beurteiler. Vom deutschen Standpunkt muß sich dieses hohe Lob doch einige Einschränkung gefallen lassen. Bonar Law mag ein ehrlicher Politiker sein, den man immer ernst zu nehmen hat, und bewundernswert ist seine Willensstärke. Aber dieser starke Wille war in und nach dem Kriege stets gegen Deutschland gerichtet und von blinder Franzosenfreundlichkeit beherrscht. Das Clemenceausche: bis zur letzten Viertelstunde, das jusqu' au bout fand sein englisches Echo stets in einer aufpeitschenden Rede Bonar Laws im Unterhause. Als ihn die Konservativen an die Spitze ihrer Partei stellten, gab den Ausschlag seine von Balfours gedämpfter Polemik abweichende Schärfe. Bonar Law war auf britischer Seite der rücksichtsloseste und von allen Skrupeln freieste Bekämpfer der „Hunnen". In ihm fand neben Lloyd George auch die satanische Art, die deutschen Nerven zu malträtieren, den gerissensten Vertreter. Mit der Wahrheit hatten seine langen Kriegsreden im Unterhause, die gesprochenen Fanfaren, wenn es an der alliierten Front schlecht aussah, bitter wenig zu tun. Aber das war ja nicht der Zweck. Sie sollten den Tommy anspornen und die deutsche Heimfront lähmen.

Nicht weniger feindselig und eigensinnig war bisher Bonar Laws Reparationspolitik. Als zum ersten Male im Unterhause die Frage nach dem Schaden aufgeworfen wurde, war es Bonar Law, der die Drängen beruhigte: Wir haben weitgehende wirtschaftliche Waffen in der Hand, um die deutsche Entschädigung zu erzwingen. Bonar Law sprach immer dann von der wirtschaftlichen Macht Englands, wenn drüben in Paris mit dem Säbel gerasselt wurde. Mit dieser Methode wollte er die gallische ergänzen, so wie die englische Blockade die kontinentale Strategie der Franzosen ergänzt hatte. Noch heute klingt in deutschen Ohren das furchtbare Wort nach, das Bonar Law im britischen Parlament sprach: „Das Schicksal Deutschlands wird es sein, vom Wirtschaftsleben der Welt ausgeschlossen und als Ausbund der Menschheit behandelt zu werden." Sich an solche Drohungen zu erinnern ist besser, als der Illusion nachzujagen, daß England vielleicht unter einem neuen Ministerpräsidenten uns schonen wolle, wenn Frankreich jetzt mit seinen neuesten Racheplänen, genannt Reparationsvorschlägen, herausrückt.

Heutiger Stand des Dollars 4400!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221021011/fragment/page=0001

Eine sensationelle Reichstagssitzung.

Aufsehenerregende Mitteilungen des Präsidenten Löbe / Rededuell zwischen Hergt und dem Reichskanzler / Verschiebung der Reichspräsidentenwahl.

Das hat uns heute gerade noch gefehlt: eine neue Mordtat an einem Regierungsmitgliede. Die Mitteilung, die gestern im Reichstage der Präsident über einen geplanten Anschlag auf das Leben des Reichskanzlers machte und deren Richtigkeit dieser persönlich dann vor dem entgeistert lauschenden Hause bestätigte, hat wie ein Schuß in die allmählich doch abgeebbte Streitstimmung der letzten Zeit gewirkt. Wir sind wohl überzeugt, daß uns von der Regierungsbank aus keine Flausen vorgemacht werden, besonders nicht in unserer Zeit, in der tatsächlich ein kleiner Funke genügt, um die Pulverladung aufgehen zu lassen, und wir dürfen gewiß sein, daß die vom Reichskanzler mit solcher Bestimmtheit vorgetragene Enthüllung ihren ernstesten Hintergrund hat. Die Sensation überschattete sogar die parlamentarische Erledigung der Präsidentenwahlfrage, die in aller Stille unter Dach und Fach gebracht wurde. Diese sensationelle Mitteilung im Reichstage erhellt wie ein Blitz die traurige Tatsache, daß trotz des Nathenaumordes und seiner Folgen, trotz unserer prekären außenpolitischen und wirtschaftlichen Lage, im Geheimen noch ein Bubentreiben vor sich geht, das in langen, bitteren Jahren der Bedrückung von außen noch nichts gelernt und die gewaltsame Aenderung der staatlichen Zustände trotz der entmutigendsten Fehlschläge immer noch zum Ziele hat.

Leider glaubt die Reichsregierung sich im Interesse der bereits eingeleiteten und angeblich auf zwei Spuren pürschenden polizeilichen Untersuchung zur vorläufigen Verheimlichung der konkreten Tatsachen verpflichtet. Man hört von privatunterrichteter Seite allerdings, daß das gegen den Kanzler geschmiedete Komplott außerhalb Berlins zu suchen sei, man hört aus ähnlicher Quelle, daß ein Mann namens Schulz in Leipzig die Absicht geäußert habe, den Reichskanzler Dr. Wirth zu ermorden. Aber die amtlichen Stellen schweigen sich hartnäckig aus. Gewiß würde Verdunkelungsgefahr bestehen, wenn die Behörden sich heute schon zur Veröffentlichung der ihnen bekanntgewordenen Pläne und ihrer gewissenlosen Träger verstehen würde, aber dieses im Grunde doch rein bureaukratische Bedenken muß eigentlich doch einer viel schwerwiegenderen Befürchtung weichen, die sich einem bei der Betrachtung des Umstandes ergeben muß, daß die sagen, nur andeutenden Bemerkungen Loebes und Wirths einen äußerst gefährlichen Zustand neuer Ungewißheit und Unsicherheit in das Land tragen werden. Dieser Zustand wird der fruchtbarste Boden für übertriebene Gerüchte, groteske Legenden und haltlose Erfindungen sein, und in der Masse des Volkes rufen derartige Gerüchte die bedenklichsten Stimmungen und Bewegungen hervor.

Die Mitteilungen, die der Kanzler über die Attentatspläne machte, sind der treffendste Beweis für die Notwendigkeit, die Reichspräsidentenwahl bis Ende Juni 1925 zu verschieben und unser Volk gegenwärtig nicht der verheerenden Wirkung eines Wahlkampfes auszusetzen.

*

Berlin, 20. Oktober. Die Freitagssitzung des Reichstages wurde wieder mit kleinen Anfragen eingeleitet. Es wurden keine weiterschütternden Dinge dabei zutage gefördert, und der Präsident hatte recht, wenn er die Volksboten dringend ermahnte, ihre Anfragen doch persönlich und mündlich im Anschluß und in den Vollsitzungen vorzubringen und den kostspieligen Apparat einer gedruckten Anfrage zu vermeiden. Die Sitzungsdauer der Demobilmachungsverordnungen wurde dann bis zum 31. März 1923 verlängert. — Das Kernstück der Verhandlungen dieses Tages war der Antrag der Regierungsparteien und der Deutschen Volkspartei, in den Artikel 180 der Verfassung die Bestimmung aufzunehmen, daß der von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident sein Amt bis zum 30. Juni 1925 führen soll. Die Deutschnationalen verlangten, daß die Wahl bereits am 3. Dezember d. J. stattfinden soll. Abg. Marx (Ztr.) begründete den Antrag der Mehrheitsparteien. Verfassungsänderungen sollen nur ausnahmsweise und aus zwingenden Gründen vorgenommen werden. Das ist jetzt der Fall. Die durch die Not hervorgerufene Erregung des Volkes darf durch seine Wahl nicht verstärkt werden, und neue Erschütterungen wird das Ansehen des Reiches nach außen und seine Ruhe im Innern gefährden. Also lediglich um parteitaktische Kämpfe in dieser wichtigen Frage zu vermeiden, haben sich die Parteien auf dieses Kompromiß geeinigt. Es gibt kaum einen ernsthaften Gegenkandidaten, denn der jetzige Reichspräsident hat sich durch seine kluge und taktvolle Geschäftsführung die Sympathien weitester Kreise der Bevölkerung erworben. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Abg. Hergt (Dn.):

Die Sozialdemokraten wollen natürlich sich den Präsidentenposten sichern, solange der Einigungsklitt mit den Unabhängigen noch hält. Dann taucht die unpolitische Kandidatur Hindenburgs auf, und da klappte alles zusammen, und man beeilte sich, die Wahl zu verschieben. (Großer Lärm links. — Der Reichskanzler erscheint im Saale.) Wenn der Reichspräsident bis 1925 im Amte bleiben soll, dann würde er noch dabei sein, wenn der neue Reichstag zusammentritt und eine neue Politik zu machen ist. Wie einflußreich der Reichspräsident sein kann, haben wir bemerkt, als er die Bildung einer Einheitsfront mit der Sozialdemokratie nicht ablehnte. Der Mitte hätte erkennen müssen, daß die Sozialdemokratie sich gar nicht so sicher fühlte, daß ihr Siegesjubel nur Pose war. (Lärm links.) Sie hat nun das Heft in der Hand und hat es verstanden, zu den zahllosen Ministerposten sich nun auch noch den Reichspräsidentensitz zu sichern. (Lärm links.) Das Volk sucht nach einem Retter aus der Not. (Lachen links und rufe: Besserlich!) Die Neuwahlen sind fälschlich herangerufen worden durch die Parole des Reichskanzlers gegen rechts. Angeblich würden wichtige wirtschaftliche Verhandlungen durch die Präsidentenwahl gestört werden. Im Gegenteil, das Vertrauen des Auslandes würde nur wachsen. Der gegenwärtige Präsident hat doch nur eine Zeit des Mitherrschens vor sich gehabt. Wir brauchen aber einen Präsidenten, der das Vertrauen des ganzen Volkes hat, und der eine nicht sozialistische Politik treibt. (Beifall rechts, Lärm links.) Von Festigkeit haben wir in unserer Politik nichts gemerkt. Fest sind wir nur im Nachgeben gewesen. (Sehr richtig! rechts.) Wir wollen aber eine stetige Politik haben. Der englischen Neuorientierung muß

eine Umorientierung in Deutschland

folgen. In der Bevölkerung wird es natürlich heißen, daß die bürgerlichen Parteien, die die Geschichte mitgemacht haben, die Flinte ins Korn geworfen haben. Nun wird das Volk wieder das Schachern der Koalition sehen, und in wichtiger Stunde werden sie sich Moskau und dem Internationalismus geopfert werden. Wir haben das Vertrauen zu dem jetzigen Reichspräsidenten, daß er zu seinem oft gesprochenen Worte steht:: „Ich will, daß die Wahlen durch das Volk stattfinden." Außerdem kann auch ein Drittel des Reichstages den Volksbescheid verlangen. Wir haben deshalb folgenden Antrag vorbereitet: Der Reichstag wolle beschließen, für den Fall der Annahme des beschleunigten Antrages Müller-Franken und Genossen die Verkündigung des Gesetzes um drei Monate auszusetzen. Sie schufen sich einen Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik. Aber wir haben ein anderes höheres Gericht für uns, das Volksgericht. (Beifall rechts, Heiterkeit und Zischen bei der Mehrheit.)

Reichspräsident Dr. Wirth

tritt dann die Worte des Abg. Hergt, daß der Reichspräsident Ebert stets für seine Partei gesorgt habe. Das bestreite ich. Sie haben hier die Grenzen des persönlichen Kampfes wieder überschritten. Ich kann Ihnen versichern, daß gerade die Sozialdemokratie stets auf die Wahl gedrängt hat. Ich verstehe nicht, wie man sagen kann, der Reichspräsident Ebert habe für seine Partei gesorgt. Ich begreife ja den Schmerz der Rechten, daß sie wieder auf dem Isolierschemel sitzt. Aber Herr Hergt hat ja selbst erklärt, er wolle keine Koalition mitmachen. Wir arbeiten nicht um Anerkennung und Dankbarkeit, aber ohne die Tätigkeit des Reichspräsidenten Ebert und seiner Freunde hätten die Herren von rechts keine Gelegenheit hier zu sitzen. (Zustimmung bei der Mehrheit, Lachen rechts.) Sie haben sich heute erneut dazu bekannt, daß alles, was moralisch und religiös ist, in den Dienst der Rettung des Volkes gestellt werden muß. Dann treten Sie aber auch den Bestrebungen deutschvölkischer Kreise entgegen, die mit dem Christentum wenig zu tun haben. Nur unruhige Zeiten braucht das deutsche Volk einen Präsidenten, der überparteilich seines Amtes waltet. Es gibt Millionen deutscher Staatsbürger, besonders im Bürgertum, die dem Reichspräsidenten dankbar sind, weil er immer auf seinem Posten war, wenn unruhige Zeiten heraufzogen. Gerade in den letzten Monaten war der Reichspräsident für unser Volk oft der Helfer aus der Not. Der Reichspräsident hat immer wieder auf die Vornahme der Neuwahl gedrängt. Nachdem der Reichstag den Weg der Amtsverlängerung beschritten hat, muß rasch gehandelt werden, damit der verbrecherischen Agitation von rechts der Boden entzogen wird. (Beifall bei der Mehrheit, Pfuirufe rechts.)

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt, daß die Deutschnationalen stets offene und versteckte Angriffe gegen den Reichspräsidenten gerichtet haben. Deutschland könne nur wieder hochkommen, wenn die ganze Welt den Eindruck gewinne, daß die Deutschnationalen eine verschwindende Minderheit sind. Hindenburg hätte man mit einer Kandidatur einen schlechten Dienst erwiesen.

Präsident Loebe ruft, nachträglich den Abg. Koch-Düsseldorf (Dn.) zur Ordnung, weil er dem Reichskanzler „Hetzapostel" zugerufen hatte. Der Präsident bittet die Abgeordneten, sich auch in den Ausdrücken zu mäßigen und die Leidenschaft nicht zu entfachen. Es sei ihm mitgeteilt worden, daß neue Schutzmaßregeln für das Leben des Reichskanzlers im Reichstage erlassen werden müssen, weil er von neuen Anschlägen bedroht ist. (Lebhafte Bewegung.)

Abg. Dr. Stresemann (D. Vpt.)

weist die Behauptung des Abg. Hergt zurück, als ob die Arbeitsgemeinschaft der Mitte sich vor der Sozialdemokratie gebeugt hätte. Das Gegenteil sei richtig. Die Deutsche Volkspartei hätte zuerst den Vorschlag gemacht, die Präsidentenwahl hinauszuschieben und die Sozialdemokratie hätte sich zunächst ablehnend verhalten. Herr Hergt wundere sich über die Mäßigungsäußerung der Regierungsparteien bezüglich des Zeitpunktes der Wahl. Er habe anscheinend nicht beachtet, daß sich die Ereignisse auf wirtschaftlichem Gebiete in den letzten Monaten katastrophal entwickelt haben, und daß es der Zusammenfassung aller Kräfte bedarf, um diesen Winter hindurch die Existenz und das Leben des Deutschen Reiches zu sichern. Lebhafte Zustimmung.) In einer solchen Lage war ein leidenschaftlicher Wahlkampf unmöglich. Wenn die wilden Pferde von den Rossen angefallen werden, dann bilden sie einen Kreis mit den Köpfen nach innen und schlagen mit den Hufen nach außen. In Deutschland ist es umgekehrt. Wir schlagen gegeneinander und sehen nicht, was von außen geschieht. Es finden wirtschaftliche Verhandlungen statt, wobei Männer tätig sind, die man als große Realpolitiker schätzt, und die Herrn Hergt sehr nahe stehen. Sie verhandeln das einzige Gut, das uns in unserer politischen Ohnmacht verblieben ist,

das Gut der deutschen Wirtschaft.

Diese Männer haben Herrn Ebert gebeten, das Opfer zu bringen und auf eine Wahl in diesem Jahre zu verzichten. (Hört, hört!) Man darf daher nicht Parteileidenschaft sehen, wo ernste Sorge ist. Durch den Wahlkampf, bei dem monarchische Tendenzen hervorgetreten wären, könnte das Gefüge des ganzen Reiches erschüttert werden. Der Hetzer und Reiter aus der Not braucht nicht gerade der Reichspräsident zu sein. Aus diesem Wahlkampf würde der Reiter nicht gekommen sein. Auch an Wunder zu glauben ist nicht richtig. Es gilt gemeinschaftlich zusammenzuarbeiten. Dabei darf man nicht haltmachen vor den Schranken irgendeiner Partei. Einigkeit schafft man aber nicht durch solche Reden wie die des Herrn Hergt. Wenn es zum Kampf um die Präsidentenwürde gekommen wäre, hätte die Volkspartei gegen Ebert stimmen müssen. Aber sie habe in Ebert nicht nur den Sozialisten gesehen. Als die Diktatur des Proletariats drohte, habe er den richtigen Weg gefunden. Das sei ihm hoch anzurechnen. Der Redner weist darauf hin, daß seine Partei mit einer starken Kampfstellung der Deutschnationalen zu rechnen habe, daß vielleicht auch Widerstände im eigenen Lager sich zeigen würden, daß aber die Geschlossene Sorge der richtige sei.

Abg. Frau Zetkin (Komm.), die von der Kommunistischen Partei als Präsidentschaftskandidatin wegen ihres Verzichts auf die Dezemberwahl heftige Vorwürfe und behauptet, die Sozialdemokratie wolle sich in ihrer Stimmenpolitik nicht stören lassen.

Persönlich stellt Abg. Hergt (Dn.) gegenüber der Bemerkung des Präsidenten über die Verzichtung des Reichskanzlers fest, daß seine Partei in dieser Frage mit allen anderen Parteien durchaus einig sei. Ein Mensch, der solchen verbrecherischen Wahnsinn, wie angedeutet, betreibe, habe auf der Rechten keine Stätte, werde dort keine Entschuldigung, keine Duldung, keine Unterstützung und keine Schonung finden. Angesichts des Ernstes der Lage habe er dies nochmal feststellen wollen. Präsident Ebert habe selbst seine Bemerkung nicht gegen irgendeine Partei gerichtet gewesen sei, daß er nur habe verhüten wollen, daß durch Reden im Reichstage eine neue Hetze im Volke entstehe.

Reichskanzler Dr. Wirth fordert die Parteien auf, sich über den Ernst der Situation klar zu sein. Nach den vorliegenden Nachrichten und dem Bekenntnis eines Beteiligten an der Verschwörung müssen wir

mit neuen politischen Morden in Deutschland rechnen.

(Lebhafte Bewegung.) Herr Hergt habe recht, es sei zu verwundern, daß dieser Wahnsinn des Mörderherz in Deutschland, nachdem nun der Nathenau-Prozeß vorbei sei, noch einen Boden finden kann. Der Reichskanzler bedauert, daß die Person des Reichspräsidenten in den Vordergrund der Debatte gekommen sei. Es muß die schwersten Besorgnisse hervorrufen, wenn Herr Hergt behauptet, der Reichspräsident habe hinter den Kulissen die Einheitsfront des deutschen Volkes verhindert. Der Reichskanzler erklärt, er habe sich bei seinem Kampfruf gegen rechts gegen die Atmosphäre des Mordes und Zankes gewendet. Nathenau sei „zur Strecke gebracht worden", weil er den Rapallo-Vertrag abschloß. Die Aera des persönlichen Kampfes dürfe nicht wieder beginnen. Er sei von Anfang an von dem Haß derjenigen verfolgt worden, die hinter Hergt stehen. (Widerspruch rechts, Beifall bei der Mehrheit.) Auf die Einheitsfront des Kanzlers, das ganze Volk solle zusammenstehen gegen Hunger und Elend, habe Hergt mit dieser gehässigen Rede geantwortet. (Lärm rechts.)

Abg. Hergt (Dn.) lehnt den Vorwurf der Gehässigkeit ab. Er habe auch den Reichspräsidenten nicht persönlich angegriffen. Er habe lediglich erklärt, daß weite Bevölkerungskreise einen überparteilichen Reichspräsidenten wünschen. Der Präsident Ebert sei durch seine Zugehörigkeit zur Partei gefesselt.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) stellt fest, daß er bei seiner Fragestellung im Nathenau-Prozeß in Leipzig die Deutschnationale Partei von der Schuldfrage durchaus ausgenommen habe. Er fordert die Partei auf, auf ihre Leute einzuwirken, und weist die Kritik zurück, die an seiner Fragestellung gegenüber dem Schüler Staudenrath geübt wurde.

Der Antrag auf Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten wurde darauf gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und der beiden Mitglieder der Fraktion Ledebour in erster und zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung findet am Dienstag statt.

Preußischer Landtag.

Berlin, 20. Oktober. Im Preußischen Landtag war auch am Freitag sogenannter „großer Tag". Allerdings war das Haus und die Tribünen nicht so reich besetzt als am Tage vorher. Die Spannung aber, wie sich Minister Severing gegen die heftigen Angriffe von links und rechts verteidigen werde, war deshalb nicht weniger gering. Es stand die Besprechung der Großen Anfragen über die Vorgänge am Zirkus Busch auf der Tagesordnung, und man wußte, daß Minister Severing als erster das Wort nehmen werde. Er gab die Angriffe nach rechts und nach links zurück. Die Kommunisten mit ihren Terroristen sind, so betonte er, am wenigsten geeignet, als Schützer der Republik aufzutreten. Ganz so harmlos, wie sie es hinstellen, war ihre Demonstration doch nicht. Zum Beweise dessen legt der Minister dem Hause Pistolen und andere Waffen vor, die kommunistischen Demonstranten abgenommen worden waren. Kein Wunder, wenn die Beamten, die mit zu Dolchen umgearbeiteten Scheren verwundet wurden, in Erregung geraten sind. Das ganze Verhalten der Kommunisten bedeute eben nichts als das berühmte

„Vorwärtstreiben der Revolution".

Auch den Bund für Freiheit und Ordnung nahm der Redner unter die kritische Lupe. Zum Schlusse wandte er sich gegen eine neue Gründung, die „Deutsche Freiheitspartei", die letzten Endes nichts anderes bedeute als das Wiederaufleben der aufgelösten Selbstschutzverbände. Bemerkenswert war, daß auch der Minister mit seinem Parteifreund, dem Berliner Polizeipräsidenten Richter, nicht zufrieden war. „Er hätte früher aufstehen müssen!" Der Minister kündigte dann weitere polizeiliche Maßnahmen an. Als Herr Severing seine etwa zweistündige Rede schloß, konnte sich der Kommunist Katz nicht genug tun an Beleidigungen, so daß der Präsident mit den äußersten Mitteln der Geschäftsordnung drohen mußte. Darauf flaute das Interesse des Hauses zusehends ab. Es sprachen noch vor sehr schwach besetzten Bänken für das Zentrum der Abg. Gerig, für die Demokraten Abg. Jansen, für die Sozialdemokraten Abg. Graefinski, für die Deutschnationalen der Abg. Rüffer, für die Deutsche Volkspartei v. Kardorff und schließlich Herr Schulz-Neukölln von den Kommunisten. Was noch vorgebracht wurde, war aus den Verhandlungen am Donnerstag und aus der ausgiebigen Zeitungspolemik zur Genüge bekannt.

Der Nationalfeiertag.

Der Rechtsausschuß des Reichstages lehnte am 20. Oktober einen Antrag der Sozialdemokraten ab, den 9. November gesetzlich als Nationalfeiertag festzulegen. Dafür stimmten nur die Sozialisten. Sodann wurde die Vorlage, die Gebühren für Zeugen und Sachverständigen zu erhöhen, nach der Regierungsvorlage angenommen. Ebenso wurde die Verordnung zur Neuregelung der Lohnpfändungen entsprechend dem Regierungsvorschlage angenommen.

Zur Tabaksteuerfrage

führte auf dem Deutschdemokratischen Parteitag in Elberfeld der Reichstagsabgeordnete Keinath folgendes aus: Die von vielen Seiten gewünschte und erstrebte Drosselung der Einfuhr und des Verbrauches scheint auf den ersten Blick ein wirksames Mittel zur Hebung des Wechselkurses der Mark zu sein. Aber dieses Mittel wird m. E. in seiner Bedeutung weit überschätzt. Bei einem großen Industrievolk kann der Verbrauch und die Einfuhr in den meisten Fällen nicht ohne so ernste Schädigungen entweder der internationalen Beziehungen oder der deutschen Produktionskraft selbst durchgeführt werden, daß der Nutzen kleiner ist als der Vorteil. Ein schlagendes Beispiel dafür sind die letzten Verhandlungen über die Tabakeinfuhrsperre und über die Erhöhung des Tabakeinfuhrzolles. Der Reichstag wurde von allen Seiten bestürmt, die Tabakeinfuhr rücksichtslos zu unterbinden. Die Regierung hatte eine Tabakeinfuhrsperre erlassen und forderte die Erhöhung des Rohtabakeinfuhrzolles von 60 auf 100 Mark. Während der Verhandlungen aber wurde nicht bloß etwa von Arbeitgebern, sondern auch von Arbeitnehmern des Tabakgewerbes in der allerdringendsten Weise darauf hingewiesen, daß diese Maßnahme den Untergang des Tabakgewerbes mit weit über 100 000 Arbeitern herbeiführen müßte. Es handelt sich dabei wohlgemerkt um ein Gewerbe, das in einzelnen Städten massiert betrieben wird, in denen also der Uebergang der Arbeiterschaft in andere Betriebe in vollem Ausmaße gar nicht möglich ist. Auch ich und die anderen Herren unserer Fraktion im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags haben uns in der Tat davon überzeugt, daß eine so starke Erhöhung der Lasten für das Tabakgewerbe ruinierend wirken müßte, nachdem schon durch die riesigen Goldzollaufschläge eine enorme Verteuerung der Erzeugnisse des Gewerbes herbeigeführt worden ist. Sollten wir wirklich den dauernden Untergang eines bedeutsamen deutschen Gewerbes, das in der letzten Zeit sich auch auf eine hoffnungsvolle Exportätigkeit umgestellt hat, herbeiführen, in der unsicheren Hoffnung, dadurch vorübergehend eine noch keineswegs erwiesene Besserung der Mark erzielen? Frühere Erfahrungen sprechen dafür, daß an die Stelle der legitimen Einfuhr von Rohtabaken sehr schnell eine verbotene Einfuhr von Tabakerzeugnissen getreten wäre. Wir sind deshalb für eine nur mäßige Erhöhung des Rohtabakeinfuhrzolles von 60 auf 75 Mark eingetreten, haben aber gleichzeitig die vollständige Aufhebung der Ausfuhrabgaben für Tabakerzeugnisse gefordert, um dadurch die Ausfuhr anzureizen und dem Tabakgewerbe für den mutmaßlichen Rückgang des Inlandskonsums eine Erleichterung des Exportes zu schaffen und dadurch das Gewerbe in die Lage zu versetzen, seine Arbeiterschaft möglichst ohne Unterbrechung weiter zu beschäftigen. Diese Lösung, Industrien, die mehr oder weniger für Luxusbedürfnisse arbeiten, allmählich durch geeignete Maßnahmen stärker auf den Export einzustellen, solange das deutsche Volk selbst seinen Verbrauch einschränken muß, scheint uns auch für andere Industriezweige geeigneter zu sein, als das zwar gut gemeinte, aber wirtschaftlich falsche und zerstörende Verfahren, solche Gewerbe gewaltsam zu unterdrücken und dafür dann die darin beschäftigten Arbeiter durch Arbeitslosenunterstützung zu unterhalten.

Das Kaiserhonorar für wohltätige Zwecke. Nach Informationen aus der Umgebung des Hauses Doorn hat sich der frühere Kaiser entschlossen, die ihm als Honorar für seine Memoiren zugeflossenen bereits beträchtlichen Beträge anläßlich seiner Wiedervermählung am 5. November wohltätigen Stiftungen in Doorn und Potsdam zu überweisen.

Das Urteil im Fechenbach-Prozeß. Im Landesverratsprozeß gegen Fechenbach und Gen. erfolgte die Verkündung des Urteils. Das Urteil lautet gegen Fechenbach wegen eines Verbrechens des vollendeten Landesverrats auf 11 Jahre Zuchthaus, gegen Gargas wegen eines Verbrechens des versuchten Landesverrats auf 12 Jahre Zuchthaus, gegen Lembke auf 10 Jahre Zuchthaus. Den Verurteilten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre aberkannt.

10 000 Kruppарbeiter im Streik. Wegen Entlassung von 421 Arbeitern, die ihre Arbeit verlassen hatten, sind in verschiedenen Werkstätten der Firma Krupp 10 000 Arbeiter in den Ausstand getreten.

Die Unterstützungsbeiträge für die Rentenempfänger wurden im Hauptausschuß des Reichstages in der Sitzung vom 20. Oktober auf 15 000 Mark, von 2500 auf 7000 Mark erhöht. Ein Antrag, den Namen des Kaiser-Wilhelms-Kanals zu ändern, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialisten abgelehnt.

Reiner Bohnenkaffee

ist ein überwundener Standpunkt!
Niemand darf heutzutage übersehen, daß mit Weber's
Carlsbader Kaffee-Gewürz
sich bei erheblich verminderten Kosten ein vorzügliches Getränk von bestem Wohlgeschmack und prächtigem Ton herstellen läßt.
„Allein echt mit der „Krone".